

# PRESSEMITTEILUNG

Hamburg, 05.02.2016

## Rot-Grüner Hamburger Senat täuscht Gespräche mit Schleswig-Holsteinischer Landesregierung vor, um höhere Akzeptanz bei betroffenen Anwohnern aus Langenhorn und Hummelsbüttel zu erhalten!

Basierend auf einer Kleinen Anfrage (Drucksachen-Nr. 18-3762) der Abgeordneten Katja Rathje-Hoffmann (CDU) ist erkennbar, dass der Landesregierung Schleswig-Holstein Planungen der Freien und Hansestadt Hamburg zur Errichtung einer Einrichtung zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern im Ortsteil Hummelsbüttel nicht bekannt ist!

### Dazu Nizar Müller, CDU-Bezirksabgeordneter in Hamburg-Nord aus dem Wahlkreis Langenhorn/Ochsenzoll und Vorsitzender des LFA Umwelt der CDU Hamburg:

*„Wir sind erstaunt, dass die Landesregierung von Schleswig-Holstein noch keine Kenntnis davon hat, dass vor den Türen von Norderstedt eine Großunterkunft für ca. 2000 Schutzsuchende in einem Landschaftsschutzgebiet entstehen soll. Schließlich ist es der Wunsch vom Bezirk Wandsbek und damit auch dem Hamburger Senat die verkehrliche und soziale Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, damit die Integration vor Ort gelingen kann.“*

Dieses hatte auch Dr. Andreas Dressel (Fraktionsvorsitzender der SPD in der Hamburgischen Bürgerschaft) auf einer Diskussionsveranstaltung der Siedlergemeinschaft Heidberg e.V. am 29.01.2016 betont. Die Gespräche seien *intensiv*, das *Bebauungsverfahren bereits eingeleitet* und *konkrete Varianten würden bereits zwischen Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein besprochen werden!*

*„Die Antwort der Kleinen Anfrage zeigt ein anderes Bild. Möglicherweise möchte die Rot-Grüne Landesregierung in Hamburg den betroffenen Menschen vor Ort das Gefühl vermitteln, dass es für eine Bürgerbeteiligung bereits zu spät wäre, weil der Notstand entsprechend groß ist. Diese Art von Politik kann nur kategorisch abgelehnt werden und lässt an dem Demokratieverständnis von Rot-Grün zweifeln! Ich kann nur appellieren, dass alle interessierten Anwohner aus Langenhorn und Hummelsbüttel zu der Informationsveranstaltung am 08.02.2016 und der Öffentlichen Plandiskussion am 29.02. in die Fritz-Schumacher-Schule kommen, um Ihre Meinung zu sagen. Aus unserer Sicht wird ein Tabubruch begangen, obwohl es bessere Alternativen gibt. Zudem fehlt ein konkretes Konzept für die verkehrliche und soziale Anbindung an der Grenze zu Norderstedt und Langenhorn. Das strukturschwache Glashütte ist für eine schnelle Integration der Schutzsuchenden nicht geeignet. Wir sagen weiterhin: JA zu Hilfe und Integration von Kriegsflüchtlingen im Stadtteil, aber auch NEIN zur Überforderung Langenhorns und der Bebauung der Hummelsbütteler Feldmark durch Großunterkünfte! „Scholz-Ghettos“ sind zu vermeiden!“*, so Nizar Müller.

#### Für Rückfragen:

Nizar Müller, Mitglied im Regionalausschuss Langenhorn-Fuhlsbüttel-Alsterdorf-Groß Borstel  
Telefon: 0163-231 43 22